

fast aller Forscher ist auf fachlicher Neugier, dauerhaftem Forschen und der Freude an der Vermittlung von Erkenntnissen und Fragestellungen begründet. Diese wertvollen Ressourcen für gesellschaftliche Entwicklung darf man nicht umfunktionieren in ökonomische und bürokratische Orientierungen und Verwaltungsaufgaben, denen Wissenschaftler nicht gewachsen sind – oder vielleicht auch gar nicht gewachsen sein wollen.

Die ständige Aufforderung, Drittmittel einzuwerben, geht zulasten der freien Wissenschaft und Lehre. Drittmittel eröffnen einen Pseudowettbewerb um gute Ausstattungen, in dem Einzelnen das zugewiesen wird, was eigentlich in eine qualitätsvolle Grundausstattung guter universitärer Forschung und Lehre für alle investiert werden müsste.

Durch das Nötigen zum Drittmittelerwerb werden zudem nicht selten Projekte nur deswegen in Angriff genommen, weil man dafür eben Geld bekommt, nicht aber, weil man sich wissenschaftlich dafür interessiert.

Und wenn Sie die Exzellenzinitiativen loben, dann müssen Sie gleichzeitig auch sagen, dass all diejenigen, die ausgebootet worden sind, möglicherweise ganz schön traurig aus der Wäsche gucken und nicht begeistert sind von dem Erfolg, den andere Universitäten haben. Das müssen Sie immer wieder in Betracht ziehen.

Problematisch ist das Einwerben von Drittmitteln vor allem dann, wenn diese zur Deckung des Grundbedarfs der Professoren benötigt werden. Gerade dann besteht die Gefahr, dass man sich in Abhängigkeiten begibt, weil man keine andere Wahl hat.

Die Aufgabe einer kritischen Wissenschaft – sowohl der Natur- als auch der Gesellschafts- und Geisteswissenschaft – sollte aber nicht zuletzt die Erziehung junger Menschen zu mündigen, urteilsfähigen Staatsbürgern sein. Es ist höchst problematisch, einerseits unabhängige Wissenschaft zu fordern, die Universitäten andererseits aber auf Zuwendungen von Geldgebern zu verweisen, die mit ihrer Zuwendung eben bestimmte Interessen verfolgen.

Es ist an der Zeit, dass Nordrhein-Westfalen seine Einstandspflicht für die Gewährleistung freier Forschung und Lehre wieder gebührend ernst nimmt. Dafür ist es inzwischen fünf vor zwölf. So stellte der Deutsche Hochschullehrerverband unlängst fest, dass sich die Betreuungsrelation von Studenten pro Professor seit Jahren verschlechtert hat. Im Bundesdurchschnitt liegt sie bei 67 zu 1, in NRW, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, liegt sie sogar bei 91 zu 1. Damit hat Nordrhein-Westfalen von allen Bundesländern die rote Laterne inne.

Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Universitäten und die Ausdünnung des wissenschaftlichen

Mittelbaus, die zu einem Exodus talentierter Wissenschaftler aus NRW geführt haben, drücken sich in diesen Zahlen aus.

Gleichwohl begrüßen wir, wie zu Beginn gesagt, viele Bestimmungen, die in diesem Gesetz niedergelegt sind. Ich nenne das Wegfallen der Zivilklausel. Die Lehr- und Lernerfolge durch die Regelung von Anwesenheitspflichten und durch studienbegleitende Förderung werden erhöht, und vor allem wird den Selbstverwaltungskörperschaften jetzt auch die Abwahl von Rektoratsangehörigen erlaubt. Damit ist auch das Qualitätsmanagement in der Universitätszeitung angekommen.

Machen Sie auf diesem Weg weiter. Möglicherweise werden Sie einmal dazu kommen, die Universitäten wieder vollumfänglich zu finanzieren. Vielleicht kommen Sie sogar dazu, diese Bologna-Struktur wieder rückabzuwickeln und das traditionelle, bewährte Universitätssystem wieder einzuführen. Das wäre natürlich der Gipfel dessen, was Sie als Regierung erreichen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen also zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/4668** federführend an den **Wissenschaftsausschuss** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Hat jemand etwas gegen die Überweisung einzuwenden? – Nein. Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

4 Tierhaltung und Tierschutz in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 7
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2907

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/4314

Die Aussprache ist eröffnet. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der zuständige Mann für das Thema das Wort. Herr Kollege Rüsse, bitte.

Norwich Rüsse (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tierschutz hat in unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten einen ganz anderen Stellenwert bekommen, als es früher der Fall war.

Der Begriff „Nutztierhaltung“ deutet zwar noch darauf hin, aber Tiere werden in unserer Gesellschaft heute nicht mehr allein nach ihrem Nutzwert definiert. Wir schauen nicht mehr darauf, wie die Tiere uns dienen – wie beispielsweise bei einer Katze, die Mäuse fängt, oder einem Hund, der das Haus bewacht. Nein, mittlerweile werden Tiere von uns allen als Partner wahrgenommen. Wir respektieren, dass Tiere Empfindungen haben und vielleicht sogar Gefühle haben können.

Ich halte das für einen Gewinn für unsere Gesellschaft. Es ist gut, dass wir anders auf Tiere schauen und sie eben nicht mehr nur als Sache – nach dem BGB – betrachten, die man vielleicht bedenkenlos ausnutzen darf. Es ist gut, dass unsere Einstellung etwas anders geworden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch gut, dass wir Tierschutz im Grundgesetz verankert haben, dass wir für die Haltung von Nutztieren Vorschriften haben, in denen festgelegt ist, wie Tiere mindestens zu behandeln sind, und dass es Vorschriften dafür gibt, wie Tiere – wenn wir es denn wollen – zu töten sind, dass nämlich das Schlachten so geschieht, dass die Tiere nicht unnötig leiden.

Insbesondere diesbezüglich konnten wir jedoch in den letzten Monaten feststellen, dass genau das nicht der Fall war und diese Vorschriften immer wieder nicht eingehalten wurden.

Wir alle kennen die Bilder, aktuell aus Bad Iburg an der Grenze zu NRW oder aus Düren in NRW – Bilder von Schlachthöfen, wo Kühe, die nicht mehr lauffähig waren und nicht mehr zum Schlachthof hätten gebracht werden dürfen, von Anhängern gezerrt wurden, Bilder, wie Tiere unzureichend betreut wurden. Und all das teilweise auch noch unter Aufsicht von Amtsveterinären, die daneben standen, obwohl sie doch eigentlich dazu berufen sind, Tieren zu helfen und unnötiges Leid zu verhindern. Schließlich ist es eigentlich ihr Job, am Schlachthof einzuschreiten und zu sagen, dass mit Tieren so nicht umgegangen wird.

Diese Vorkommnisse und die Debatten, die wir über landwirtschaftliche Tierhaltung hatten, haben uns dazu bewogen, die vorliegende Große Anfrage zu stellen.

Frau Ministerin, ich möchte bei Ihnen ausdrücklich für die Beantwortung dieser Großen Anfrage bedanken.

(Ministerin Ursula Heinen-Esser zeigt auf
Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann
[MULNV])

– Selbstverständlich bedanke ich mich auch beim Staatssekretär, Herrn Bottermann, sowie beim gesamten Ministerium und auch bei den nachgelagerten Behörden; denn natürlich weiß ich: Die Daten

müssen erhoben werden, die Kreisveterinärbehörden müssen die Daten zur Verfügung stellen. Das ist mit Arbeit verbunden. Zusätzliche Arbeit macht man nicht immer gerne, und deshalb möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, dass das gemacht worden ist. Wir konnten nämlich aus dem Resultat dieser Großen Anfrage einiges an Erkenntnissen für die weitere Bearbeitung des Tierschutzes in Nordrhein-Westfalen ziehen.

Was mich am meisten erfreut hat, ist, dass die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage einen Satz nach vorne gestellt hat, auf den meine Fraktion lange gewartet hat. Dieser lautet: „Die Landesregierung ist der Auffassung, dass in der Tierhaltung grundsätzlicher Reformbedarf besteht.“

Das heißt, dass es tatsächlich Handlungsbedarf gibt und wir nicht länger nur an ganz kleinen Schraubchen drehen können, um das System der Tierhaltung ein bisschen zu optimieren und nachzujustieren, sondern dass wir grundlegenden Handlungsbedarf haben und an einigen Stellen auch Dinge grundsätzlich reformieren und verändern müssen, um wieder eine Landwirtschaft – ich sage ausdrücklich: mit den nachgelagerten Branchen – zu bekommen, die im Einklang mit den Tierschutzvorstellungen in der Gesellschaft wirtschaftet.

Diese Aspekte müssen wieder zusammengeführt werden. Diese Gesellschaft muss wieder mit dem leben können, was Landwirte in ihren Ställen machen.

Die Antworten auf die Große Anfrage sind interessant. Das Erste, was wir alle kennen, ist die Antwort auf Frage „Wie haben sich landwirtschaftliche Betriebe entwickelt?“; denn es ist bekannt, dass es vor 30 Jahren im Bereich „Geflügelmast“ Betriebe mit im Durchschnitt 1.000 Tieren gab. Heute haben Geflügelmäster bis zu 200.000 Tiere in ihren Ställen.

Dieser Prozess der Vergrößerung von Betrieben bedeutet natürlich auch eine deutlich größere Herausforderung, was die Tierbetreuung betrifft. Natürlich ist die Entwicklung der Bestandszahlen nicht überall so rasant wie im Bereich der Geflügelmast. Aber auch in der Schweinemast und beim Milchvieh gibt es aber ähnliche Entwicklungen.

Auf einen Punkt will ich besonders hinweisen: Es besteht insbesondere in der Schweinemast zunehmend die Tendenz, dass Betriebe Ställe von anderen, die ihren Betrieb aufgeben, pachten. Dazu muss man überlegen: Ist eine Betreuung eines Stalls, der 10 Kilometer von einem Hof entfernt ist, tatsächlich gewährleistet? Funktioniert das?

Vielleicht liegt ein Stall eines Betriebs 10 Kilometer in die eine und ein anderer Stall 5 Kilometer in die andere Richtung. Dann wird es schwierig. Landwirte sind dann jeden Tag allein deswegen viel unterwegs, um Ställe zu besuchen und zu kontrollieren. Ob

Technik alleine ausreicht, um das auszugleichen, dahinter steht aus meiner Sicht ein großes Fragezeichen. Technik kann helfen, ja. Sie wird den Menschen aber, wenn die Bestandsbetreuung optimal sein soll, niemals ersetzen können.

Besonders überrascht hat uns – ich sage für meine Fraktion: auch ein Stück weit entsetzt – die unterschiedliche Qualität in der Häufigkeit der Kontrollen der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, der Regelkontrollen durch die Kreisveterinärbehörden. Im Münsterland haben wir eine Kontrollhäufigkeit von acht bis zwölf Jahren. Ungefähr so oft werden die Betriebe besucht. Damit kann ich ja vielleicht noch leben. Aber wenn dann Betriebe in anderen Kreisen rechnerisch alle 100 Jahre als Regelkontrolle besucht werden, dann ist das deutlich zu wenig. Das geht nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Spannendes aus der Großen Anfrage fand ich die Frage: Was kann der Staat eigentlich noch tun – Einfluss auf Zuchtziele? Da ist deutlich geworden: Der Staat hat gar keinen Einfluss mehr. Es ist alles privatrechtlich organisiert. Die Zuchtunternehmen haben alles in der Hand. Früher hatten wir Direktoren der Zuchtverbände, die kamen aus der Landwirtschaftskammer. Da gab es auch noch einen Einfluss quasi über die Kammer. Das ist weg. Das ist aus meiner Sicht äußerst bedenklich.

Ich begrüße deshalb sehr, dass heute eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden ist, die sich endlich mit den Qualzuchten in der Nutztierhaltung beschäftigen will. Das finde ich sehr gut. Ich finde die Aussage von Professor Martens „So können wir nicht mit Tieren umgehen“ – speziell zur Frage der Qualzuchten – absolut richtig. Da muss auch etwas passieren. Kühe, die 12.000, 14.000 Liter Milch geben, Hähnchen, die ihr Gewicht nicht halten können, Truthühner, die nicht mal mehr in der Lage sind, sich auf natürlichem Wege fortzupflanzen – das geht überhaupt nicht.

An den Schlachthöfen hat uns die unterschiedliche, jährlich schwankende Anzahl der ermittelten Verstöße erstaunt. Das ist auch ein Indiz: Ich glaube nicht, dass die Verstöße tatsächlich so schwanken. Ich glaube eher, dass das Hingucken unterschiedlich stark ist. Das ist vielleicht sowieso kennzeichnend:

Wir brauchen mehr einheitliche Standards, bezogen auf die Kreise, aber auch auf die Schlachthöfe, dass wir insgesamt zu Kontrollen kommen, die einheitlich sind, die nachvollziehbar sind, die standardisiert sind, sodass die Unternehmen auch wissen, dass sie kontrolliert werden. Diese Kontrollen müssen aber auch so sein, dass die Unternehmen auch damit umgehen können. Das ist natürlich auch wichtig.

Wir erwarten von Ihnen, Frau Ministerin, dass Sie diese Ergebnisse der Großen Anfrage aufgreifen,

dass Sie damit den Tierschutz in unserem Bundesland vorantreiben. Denn ich glaube, eine Nutztierhaltungsstrategie alleine wird uns nicht reichen, wenn wir diese Punkte nicht abarbeiten.

Das ist ganz besonders wichtig in puncto Schlachthöfe. Ich persönlich – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – will, wenn wir schon Tieren das Leben nehmen, solche Bilder von Schlachthöfen aus Nordrhein-Westfalen und anderswo nie wieder sehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie kommen zum Schluss.

Norwich Rüße (GRÜNE): Meine Damen und Herren, zum Schluss ein Satz: Ich glaube, die Durchsetzung eines ambitionierten Tierschutzes sind wir nicht nur den Tieren schuldig. Ich glaube, dass wir uns das auch selbst als Menschen schuldig sind, wenn wir morgen auch noch zufrieden in den Spiegel schauen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rüße. – Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Nolten das Wort.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Die Grünen lenken den Blick auf die Veredelungsproduktion bei uns im Land – und das ist gut so. Unsere Gesellschaft ändert sich unmerklich von heute auf morgen, aber auf lange Sicht deutlich wahrnehmbar. Neue Ideen, Moden, technischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung treiben den sozialen Wandel an.

Wer hätte je gedacht, dass Männer sich freiwillig für Kurse an der Grillakademie anmelden würden, dass über die Frage nach dem besten Grillen intensiver diskutiert wird als über die Fußballbundesliga.

Es ändern sich aber nicht nur Sozialstrukturen, Verzehrgewohnheiten, sondern auch Wertemuster und mit ihnen die Mensch-Tier-Beziehung. In der Verfassung verankertes Tierschutzziel, gestiegene Tierschutzstandards, geänderte Haltungsformen und -bedingungen sind Ausdruck dieses Wandels von der Sache Tier zum Mitgeschöpf. Keine Schweine mehr im Keller, keine ganztägige Anbindehaltung mehr für Milchkühe in ammoniakgeschwängelter Luft dunkler enger Ställe.

Zugleich haben wir einen starken Wettbewerbsdruck. In den letzten 30 Jahren haben vier von fünf Milchviehaltern und drei von vier Schweinehaltern ihren Betrieb aufgegeben. Während die Zahl der Milchkühe um ein Drittel auf 400.000 zurückging,

stieg die Zahl der gehaltenen Schweine um eine Million auf 7,2 Millionen Tiere.

Es geht nicht nur um Probleme auf den Märkten – das Chain Management vom Produzenten zum Konsumenten. Wir sind auf allen politischen Ebenen gefordert, zur Lösung bei den K-Fragen – Kastenstand, Kupierverbot, Kennzeichnung, Kastration –, zur räumlichen Verteilung der Tierhaltung und anderen offenen Fragen stärker beizutragen.

Die Heftigkeit der mancherorts mit Kampfbegriffen wie der „Wegwerfkuh“ geführten Debatte zeigt: Es ist gut, dass die Landesregierung zu Beginn ihrer Antwort klarstellt, dass in der Tierhaltung grundsätzlicher Reformbedarf besteht. Ihm soll mit einer Nutztierhaltungsstrategie begegnet werden.

Wir werden auf der Grundlage dieser Nutztierhaltungsstrategie von Anträgen zu einzelnen Themenfeldern dieser Großen Anfrage in der Sache noch konstruktiv diskutieren. So kann ich mich jetzt auf einige wenige Aspekte beschränken.

Ja, es gibt neben dem landesweiten Anstieg der Zahl der Amtsveterinäre eine deutliche Spreizung bei der Intensität der Kontrollen. Das schwankt zwischen einem halben Prozent im Kreis Olpe und 35 % im Kreis Düren. Trotzdem ist es wichtig, sowohl an kurzfristig angekündigten Kontrollen, damit der Betriebsinhaber auch verfügbar ist, wie auch an unangekündigten Kontrollen im Bedarfsfalle festzuhalten. Ein risikobasierter Ansatz, der die verschiedenen Tierhaltungen und die einzelbetriebliche Managementqualität berücksichtigt, ist sinnvoll.

Natürlich kann bei einer Beanstandungsquote von 6 % mehr Kontrolle angesagt sein. Ob aber in den Fällen, die zu Anlasskontrollen führen, eine so große Gefahr im Verzug ist, dass eine sofortige Kontrolle in Randzeiten erforderlich ist, können wir gerne diskutieren. Unterschiedliche Ausstattungen sollten auch als Ausdruck kommunaler Präferenzen hingenommen werden, solange allen Verdachtsmeldungen in jedem Fall nachgegangen wird.

Bei den Tiertransporten sind die häufigsten Verstöße der Transport kranker, verletzter Tiere bzw. das geringe Platzangebot bei den Schweinetransporten. Oft sind die Verstöße geringen Umfangs, sodass es bei Belehrungen bleibt.

Ein zentrales Anliegen meinerseits wäre: Wir sollten die Produktion so organisieren, dass wir unnötige Transporte vermeiden. Wenn wir keinen praktikablen Weg bei der Ferkelkastration finden, werden wir die Ferkel durch halb Europa gekarrt sehen.

(Beifall von der CDU)

Zuzustimmen ist der Auffassung der Landesregierung, dass sich Tierwohlkennzeichnungen auf die gesamte Produktionskette beziehen müssen.

Die Wahrung des Tierschutzes ist vor allem über Haltingsverordnungen des Bundes für die einzelnen Tierarten bzw. Nutzungsrichtungen zu gewährleisten.

Die Frage im gesellschaftlichen Diskurs zu klären, ob und in welchem Umfang auch Heimtierhaltung zu erfassen ist, stelle ich mir noch spannend vor.

Im Bereich des Herdenmanagements und der Gesundheitskontrolle haben wir Quantensprünge gemacht, wenn ich bedenke, wie vor 30 Jahren die Mastitis noch beim Melken diagnostiziert wurde. Heute werden Wiederkauaktivität, Gesamtaktivität und Gesundheitszustand für jede Kuh rund um die Uhr aus dem Stall gesendet.

Es gilt aber auch: Wenn es bessere technische Unterstützung bei der Bestandsführung und -kontrolle gibt, wenn neue Haltingsverfahren zootechnische und kurative Eingriffe entbehrlich machen, muss der Aufwand auch über den Markt honoriert werden.

(Beifall von der CDU)

Bezüglich des Betreuungsschlüssels sind die Sachkunde und das Verantwortungsbewusstsein des Tierhalters zentral – wie bei allen Vorgängen in der Landwirtschaft.

Die Landesregierung verweist absolut zu Recht auf das breite Beratungsangebot der Landwirtschaftskammer zu tiergerechten Haltingsystemen und -formen, zu Detailfragen der sachgerechten Fütterung, Haltung, Hygiene und Gesundheit, zu Kontrolle und Vermarktung. Darüber hinaus gibt es ein breites Fortbildungsprogramm mit Vorträgen, Seminaren und Artikeln in der Fachpresse.

Unterstützt wird diese Arbeit der Kammer durch wissenschaftliche Forschungsansätze. Die finanzielle Ausstattung, aber auch die inhaltliche Fokussierung auf Tierschutz und Tierhaltung im Forschungsschwerpunkt „Umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft“ bei der Universität Bonn müssen in unserem Blick sein. Aber ein neues wissenschaftliches Förderprogramm? – Da teile ich die Auffassung, erst über neue Förderinstrumente nachzudenken, wenn die Nutztierhaltungsstrategie konzipiert ist.

Wenn wir einen fachlich sehr gut auf die Tierhaltung hin ausgebildeten Berufsstand haben, dann liegt dies auch an der hochwertigen Ausbildung im dualen System. Wir preisen es immer als einzigartig in der Welt – zu Recht. Das gilt dann aber auch für den Ausbildungsberuf Landwirt/Landwirtin. Nicht mit dem Nürnberger Trichter, sondern unter Einbeziehung der eigenen betrieblichen Praxis lernen die Auszubildenden Konzepte artgerechter Tierhaltung.

Studien zeigen, dass gerade in der Landwirtschaft die Fort- und Weiterbildungsbereitschaft überdurch-

schnittlich hoch ist. Ob man über eine Pflicht zu lebenslanger Fortbildung nachdenkt? – Ich weiß es nicht. Der in den Raum gestellte Sachkundenachweis wird seit Jahrzehnten diskutiert. Nur: Wer bietet ihn an? Wer ist die Zielgruppe? Jeder Landwirt, der keine landwirtschaftliche Ausbildung hat? Jeder Hobbyhalter, unabhängig von der Tierzahl? Ist Präsenz nötig oder gibt es auch E-Learning-Kurse? Gibt es themenspezifische Kurse vor Ort?

Entscheidend wird sein, wie der Sachkundenachweis umgesetzt wird, pragmatisch oder bürokratisch. – Die Antwort auf diese Frage kann ich mir schon denken: ganz schlank, ganz einfach.

„Ganz unbürokratisch“ ist auch das Stichwort zur Lösung der Zielkonflikte beim Umweltschutz. Bauliche und betriebliche Verbesserungen zur Steigerung des Tierwohls können zu höheren Emissionen führen. Warum gibt es nur für die ökologische Tierhaltung die Option, abweichende Regelungen zu treffen? Hier ist auf die neue TA Luft zu achten.

Es muss meines Erachtens in der Förderperiode 2021 bis 2027 auch vom Agrarinvestitionsförderungsprogramm ein stärkerer Impuls gesetzt werden. Und: Was mache ich in Gebieten mit einer hohen Dichte von Tierhaltungsanlagen? Stütze ich Kommunen bei tierhaltungsbezogenen Bebauungsplänen, auch für die bessere Kontrolle?

Was die Umweltwirkungen der Nutztierhaltung betrifft, so haben wir Einzelaspekte wie den Nitratgehalt des Grundwassers bereits bei der Novellierung der Düngeverordnung diskutiert. Nun müssen erst einmal die Effekte der Maßnahmen eruiert werden.

Gleiches gilt für die innovative Behandlung von Wirtschaftsdüngern. Aber auch hier ist der Aussage, eine Verbringung nur auf dem Papier, ein Verschwinden von Nährstofffrachten in Biogasanlagen sollte verhindert werden, uneingeschränkt zuzustimmen.

Viele der genannten Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen der Tierhaltung auf Wasser und Boden werden heute schon in der Praxis angewendet, aber nicht immer und nicht von allen. Bestandsabstockungen oder die Reduzierung der Viehbesatzdichten sollten nur Ultima Ratio sein. Die komparativen Kostenvorteile sprechen für eine wettbewerbsfähige Produktion bei uns.

Noch ein Satz zum Umgang mit Schlachttieren und zur Tierschutz-Schlachtverordnung: Ein tierschutzgerechter Umgang mit Schlachttieren und der Schutz der Mitarbeiter müssen jederzeit gewährleistet sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kurzum: Es ist ein faktenreicher Bericht, der zur Diskussion über Tierschutz und Tierhaltung einlädt. Wir werden diese Einladung annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nolten. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Frau Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte auch den Eindruck, dass diese Antwort auf die Große Anfrage vor allen Dingen dazu beiträgt, die Dinge nicht zu emotionalisieren. Sie gibt uns verlässliche Zahlen an die Hand, um uns wirklich sachlich daran entlangzuhalten, was es denn im Bereich des Tierschutzes und der Tierhaltung in Nordrhein-Westfalen bedarf.

Die Nutztierhaltung ist ja ein großes Thema. Ich komme ja aus dem Kreis Warendorf. Wir haben deutlich mehr vierbeinige Schweine als Einwohner in unserem Kreis. Mehr als ein Viertel der bundesweit rund 27 Millionen Schweine wird hier in Nordrhein-Westfalen gehalten.

Dieses birgt große Herausforderungen für den Tierschutz – darauf geht mein Kollege Frank Börner nachher noch ein –, aber bringt vor allen Dingen auch eine starke Belastung für das Ökosystem mit sich. Das zeigt die Antwort auf die Große Anfrage ganz eindeutig: Auch in dem Bereich muss noch einiges passieren.

Die Anfrage der Grünen weist insgesamt auf die wichtigsten Probleme hin. Einige sind ja hier genannt worden. Sie greift vor allen Dingen auch die Fragen auf, die viele Menschen dazu bringen, dass sie die moderne Landwirtschaft kritisch sehen.

Wir wissen aus repräsentativer Umfrage – ich nehme jetzt einmal die forsa-Umfrage des BUND Deutschland von 2017 –, dass eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung grundsätzliche Veränderungen bei der Nutztierhaltung befürwortet. Mehr als zwei Drittel der Befragten – nämlich 73 % – sprechen sich für strengere Vorschriften zur artgerechten Haltung von Nutztieren wie Schweinen und Hühnern aus. 82 % der Bundesbürger sind der Ansicht, dass es eine gesetzlich vorgeschriebene Kennzeichnungspflicht für alle tierischen Lebensmittel geben sollte, die zeigt, wie die Tiere gehalten wurden. Sogar 85 % der Befragten sind für ein Verbot von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung, um resistente Keime zu verhindern.

Obwohl NRW ein bedeutender Standort in der Nutztierhaltung – insbesondere in der Schweinehaltung – ist, zeigt die Große Anfrage leider nur zu deutlich, dass die Landesregierung mit ihren Antworten keine nachhaltige Lösung für die von der Landwirtschaft produzierten Probleme liefert. Immerhin – Herr Rüße hat das auch schon hier erwähnt – räumt die Landesregierung in ihrer Vorbemerkung aber ein, dass es in der Tierhaltung einen grundsätzlichen Reformbedarf gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für unsere intensive Nutztierhaltung zahlen wir in NRW einen hohen Preis. Mit der Tierhaltung kommt es oftmals zu einer Belastung unserer Gewässer, der Böden und der Luft. So geht aus der Anfrage unter anderem hervor, dass diese Umweltbelastungen für Boden, Wasser und Luft teilweise sehr hoch sind.

Die Probleme sind bekannt: Die Versauerung des Bodens wurde in der Vergangenheit zwar verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Stickstoffbelastung und Übersäuerung bedrohen unsere Tier- und Pflanzenwelt. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist deutlich minimiert worden, aber sie reichern sich immer noch in Wasser und Boden an, verunreinigen damit insgesamt die Umwelt und bedrohen unsere Gesundheit. Das Grundwasser ist gerade in landwirtschaftlich geprägten Gebieten stark mit Nitrat belastet.

Es gibt in NRW viele Baustellen bei der Aufgabe, die Umweltbelastung durch Nutztierhaltung weiterhin zu reduzieren. Selbst wenn die Landesregierung in ihrer Antwort von einer tendenziellen Verbesserung hinsichtlich der Nitratbelastung unter Ackereinfluss redet, müssen wir uns vor Augen halten, dass sich solche Verbesserungen nur im Bereich von kleinen Nuancen beobachten lassen. Gerade im Bereich der Düngeregelungen haben wir trotz der Düngeverordnung immer noch einen starken Handlungsbedarf.

Ich bin gespannt, ob die Ankündigungen der Ministerin im Bereich einer Tiergesundheitsdatenbank, die – wie wir entnehmen können – entwickelt werden soll, und einer – Sie haben es angesprochen, Herr Nolten – Übergangsregelung zur Abschwächung im Bereich des Emissionsschutzes bei Stallbauten umgesetzt werden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung ankündigt, eine Nutztierhaltungsstrategie auf den Weg zu bringen, und appellieren, dass die Rahmenbedingungen für diese Nutztierhaltung zeitgemäß gestaltet werden.

Für uns ist klar: Ein konsequenter Umbau der Nutztierhaltung benötigt neben ausreichend Zeit eine gute Vorbereitung und Planung und vor allem eine ausreichende finanzielle Unterstützung. Diesbezüglich hoffen wir, dass wir bei der nächsten Förderperiode der EU-Mittel auch gerade in diesem Bereich etwas umsteuern können.

Außerdem brauchen wir noch mehr Dialog. Dabei müssen die Ansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesundes Fleisch, an den Tierschutz sowie an die gewerbsmäßige Grundlage der Betriebe zusammengeführt werden.

Wir lesen in der Großen Anfrage über die vielen Maßnahmen zur Steigerung der regionalen Vermarktung von heimischem Fleisch bzw. Fleischprodukten,

doch Fördermaßnahmen, Auszeichnungen oder gezielte Programme in Kantinen, Kitas und Schulen sind für den Aufbau einer effektiven regionalen Wertschöpfungskette nicht ausreichend.

Ich sage auch einmal, dass die Schließung von Logistikketten, um Regionalprodukte zusammenzuführen, aber auch die vorverlagerte Verarbeitung für Kantinenküchen Bereiche sind, die wir, wenn es um die regionale Wertschöpfung geht, vor allen Dingen in den Blick nehmen müssen.

Zur Verbesserung des Tierwohls muss allgemein mehr getan werden. Besonders wichtig ist die Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung für alle Betriebe, um endlich auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern transparent zu machen, woher ihre Tierprodukte stammen und wie die Tiere gehalten werden. Alle, die in Berlin bei der Grünen Woche waren ... Frau Klöckner muss endlich liefern. Sie muss das private und das staatliche Tierwohl-Label endlich zusammenführen.

(Beifall von der SPD)

Wie Sie sehen, wirft die Große Anfrage mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass wir alle diese Herausforderungen gemeinsam angehen und den Mut aufbringen, neue Wege in der Nutztierhaltung zu beschreiten.

Denn für eine gute Zukunft des Agrarstandorts Nordrhein-Westfalen wird es entscheidend sein, ob der Umbau der Tierhaltung im Dialog mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern und den Landwirten gelingt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Watermann-Krass. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Diekhoff.

Markus Diekhoff* (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Große Anfrage der Grünen steht im Kontext der allgemeinen gesellschaftlichen Debatte rund um die Tierhaltung. Es ist gut und richtig, dass wir uns mit diesem Thema hier befassen. Tierschutz hat eine hohe Relevanz für die Landwirte, für die Wirtschaft, für den Handel, für den Verbraucher und natürlich nicht zuletzt auch für die Tiere selbst.

Der Tierschutz in Nordrhein-Westfalen hat ein sehr hohes Niveau – diesen Erfolg sollte niemand kleinreden – und war noch nie so gut wie heute.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Darauf sind wir Freien Demokraten auch stolz; denn für die FDP war der Tierschutz schon immer ein zentrales Thema. Die FDP war 1972 maßgeblich an der

Einführung des Tierschutzgesetzes im Bund beteiligt. Zudem haben wir viele Jahre – und am Ende auch erfolgreich – um die Verankerung von Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz gekämpft.

(Beifall von der FDP)

Uns ist dieses Thema daher historisch wichtig, und wir diskutieren an vielen Stellen darüber, wie man die Tierhaltung im Sinne des Tierwohls noch weiter verbessern kann.

Natürlich diskutieren wir auch genauso intensiv darüber, wie wir unseren Landwirten eine Zukunftsperspektive geben können. Denn beides hängt untrennbar zusammen. Was seit Jahren auffällt und gerade auch schon angesprochen wurde, ist, dass immer mehr kleine und mittlere Betriebe vom Markt verschwinden. Die Betriebe werden weniger, aber die durchschnittlichen Bestände pro Betrieb wachsen ständig an.

Darüber und auch über die möglichen Ursachen haben wir hier im Haus und im Umweltausschuss schon oft diskutiert. Einer der Hauptgründe für das Verschwinden kleiner Betriebe sind immer mehr staatliche Vorgaben, vor allem in immer kürzeren Abständen. Dieses Vorgehen hemmt den Investitionswillen der Landwirtschaft leider extrem.

Das ständige Draufsatteln, ohne die Wirkung einer Maßnahme erst einmal abzuwarten, wie es auch von den Grünen gerne praktiziert wurde, beschleunigt das Sterben kleiner Betriebe, welches dann mit Krokodilstränen beweint wird.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt hast du den Josef geweckt! – Heiterkeit)

Dabei ist der Veränderungswille aufseiten der Landwirte groß, und die Betriebe wollen auch aus eigenem Antrieb besser werden.

Wir als Freie Demokraten sehen uns deshalb an der Seite der Betriebe, insbesondere an der Seite der Familienbetriebe und kleinen Höfe, die meist ausgezeichnete Arbeit leisten.

Um diese zu unterstützen, hat sich die Landesregierung mit der Amtsübernahme daran gemacht, eine Nutztierhaltungsstrategie zu erarbeiten. Erste Maßnahmen werden noch in diesem Jahr vorgestellt und auf den Weg gebracht.

Neben der Nutztierhaltungsstrategie ist die Landesregierung im Rahmen der Agrarministerkonferenz und im Bundesrat in vielen Bereichen aktiv und erfolgreich vorangegangen. Zu nennen sind Beschlüsse zu Tiertransporten, insbesondere zu den sehr problematischen Langstreckentransporten, zum Kupierverzicht bei Schweinen, zu zootechnischen Eingriffen, Widerstand gegen bedenkliche Entwicklungen in der Zucht; auch das ist uns wichtig.

Eine weitere sehr wichtige Initiative ist die Videoüberwachung an Schlachthöfen. Hier bringt Nordrhein-Westfalen einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat mit ein. Wir gehen neue und effektive Wege für den Tierschutz. Denn die NRW-Koalition akzeptiert keine Tierquälerei.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Stichwort Bund. Wir sehen keinen Sinn darin, dass wir von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Regeln mit Blick auf den Tierschutz und die Tierhaltung erlassen. Tierschutz ist so wichtig, dass wir einen großen Rahmen dafür brauchen, im Zweifel auch einen europäischen Rahmen. Mir sind die Tiere in den Niederlanden und in Spanien genauso wichtig wie die heimischen Tiere.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Wenn dann etwas passiert!)

Ein uneinheitliches Vorgehen hätte in diesem Bereich zudem Marktverzerrungen zur Folge, welche den Landwirten und am Ende natürlich auch dem Tierwohl schaden würden.

Die Anfrage thematisiert zudem neben zahlreichen weiteren Aspekten die Fleischkennzeichnung. Die Frage nach einem einheitlichen oder eigenen Label spielt aktuell in der politischen Diskussion und in der Gesamtdiskussion in der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Im Bundeslandwirtschaftsministerium hat man Vorstellungen, der Handel hat Vorstellungen, die Verbraucher haben Vorstellungen, die Opposition hat Vorstellungen. Wir sollten uns am Ende fragen, worum es geht. Es geht ganz sicher nicht um einen Label-Wettlauf.

Gut ist, dass sich die Branche selbst auf einen einheitlichen Weg in Sachen Fleischkennzeichnung machen möchte, was wir ausdrücklich begrüßen. Denn einige Probleme in Bezug auf das Tierwohl oder den Tierschutz können sehr wohl erfolgreich über den Markt gelöst werden.

Wir sehen in NRW insgesamt, insbesondere mit Blick auf die neuen Initiativen im Rahmen der Nutztierhaltungsstrategie oder der Videoüberwachung, dass wir beim Tierschutz führend sind und dass wir besser werden wollen. Uns sind deswegen auch die Erkenntnisse aus der Antwort auf die Anfrage wichtig. Wir werden diese Informationen selbstverständlich benutzen, um den Tierschutz konsequent weiter zu verbessern, und zwar mit unseren Partnern aus der Landwirtschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch zu Beginn des Jahres 2019 beweisen die Grünen erneut, dass sie durch und durch lernresistent sind. Tierschutz ist schließlich eine bundespolitische Aufgabe.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Er ist maßgeblich durch das Tierschutzgesetz und andere Bundesgesetze geregelt. Im Grunde genommen ist er auch eine unionsrechtliche Frage; schließlich hat die Brüsseler Bürokratie den Karren Tierschutz erst in den Sumpf gefahren.

Deutschland ist mit weitem Abstand der größte Geldgeber in der Europäischen Union. Im Jahr 2017 haben wir 10,7 Milliarden Euro mehr nach Brüssel überwiesen, als wir zurückerhalten haben. Das Geld der Deutschen fließt vor allem in die Unterstützung der Landwirtschaft, der Fischerei, der biologischen Vielfalt sowie des pseudowissenschaftlichen angeblichen Klimaschutzes.

Während wir in der EU Agrarsubventionen in Milliardenhöhe verschenken, sinkt die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland jedes Jahr um mehr als 3 %. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sterben aus, und zwar langsam, sodass es fast niemand bemerkt.

Sobald nämlich Deutschland seine Tierschutzstandards erhöht, verlagert sich die landwirtschaftliche Produktion in jene EU-Länder, die in der Regel am meisten von den europäischen Strukturfonds profitieren. Sie verlagert sich nach Osteuropa, wo es keine ins völlig Absurde gehenden Tierschutzforderungen gibt.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt doch alles nicht!)

Somit fördert der deutsche Michel die osteuropäische Landwirtschaft, ob er will oder nicht, während deren Exporte deutsche Produkte bei uns vom Markt verdrängen.

Kommen wir zum Punkt Tiertransporte. Das EuGH-Urteil spricht hier Bände. Nach der Rechtsprechung ist der Lebendtransport von Tieren in das Ausland oder ein Transitland verboten, wenn dort die EU-Standards nicht eingehalten werden. Faktisch aber wird das Verbot nicht umgesetzt, und unsere Rinder werden immer noch nach islamischem Ritus in der Türkei geschlachtet.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das musste kommen! – Zuruf von der SPD: Darauf haben wir gewartet!)

– Ich weiß nicht, ob Sie das Schächten gut finden, Herr Rüße. Wir verurteilen das Schächten. Wir wollen nicht, dass Tiere so umgebracht werden.

Mehr Schein als Sein haben wir gerade von Ihnen hier im Landtag erlebt. Die AfD-Fraktion hat einen

Antrag eingereicht, um Lebendtiertransporte aus Deutschland in Länder, die sich nicht an EU-Standards halten, zu verbieten. Aber der Antrag wurde von Ihnen allen hier abgelehnt. Gerade auch die NRW-GrünInnen haben sich für Langstreckentransporte in Richtung ferner Halal-Schlächtereien ausgesprochen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt doch nicht!)

Um den tierfreundlichen Anschein zu bewahren, belangen Sie uns jetzt mit dieser Großen Anfrage mit Fragen zu Tiertransporten. Das ist nichts anderes als billiger Ökopopulismus, gepaart mit Reputationsreparatur.

Auch die Landesregierung versucht mit einem neuen Erlass, etwas tierfreundlicher aufzutreten. Die nachträgliche Revision von Langstreckentransporten und die Einschränkung der Transporte in den Sommermonaten sollen helfen. Dabei ist auch das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Blex, noch einmal einen kurzen Ausblick zum Thema „Demokratie“: Wir sind als Bundesländer gehalten, auch an der Gesetzgebung des Bundes mitzuwirken. Deshalb gibt es beispielsweise den Bundesrat, es gibt Einspruchsgesetze, es gibt Zustimmungsgesetze, und das sind Tätigkeiten, die die Bundesländer – Herr Blex, zuhören bitte! –

(Zuruf von der CDU: Das kann der nicht!)

auch tatsächlich wahrnehmen sollten, auch wenn es mal nicht unsere ganz originäre Zuständigkeit ist, vielleicht etwa nur Teilzuständigkeit etc.

Aber beim Tierschutz geht die Sache weit darüber hinaus, meine Damen und Herren. Als ich mein Amt als Landwirtschaftsministerin angetreten habe, war mir klar, dass das Thema „Tierschutz“, dass das Thema „landwirtschaftliche Tierhaltung“ Zentralthemen meiner Tätigkeit auch in dieser Legislaturperiode sein werden.

Die tiergerechte Haltung, insbesondere von Nutztieren, hat in den letzten Jahren enorm an gesellschaftlichem Interesse gewonnen, in NRW wie im Bund und in der ganzen Europäischen Union. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die es im Sinne einer

nachhaltigen und zukunftsfähigen Nutztierhaltung zu bewältigen gibt.

In der umfassenden Beantwortung der Großen Anfrage haben wir deutlich gemacht, dass wir in der Nutztierhaltung – es ist ja mehrfach schon zitiert worden – Reformbedarf sehen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage ist für uns in der Tat eine gute Arbeitsgrundlage, in den kommenden Monaten, vielleicht Jahren, tatsächlich Themen zu setzen, die für uns entscheidend sein werden. Ich möchte wie meine Vorredner auf einige einzelne Themen hierbei eingehen.

Das erste Thema beschäftigt sich mit der Wahrung des Tierschutzrechts und der Fortentwicklung der Nutztierhaltung. Hier geht es – Herr Dr. Nolten hat es eben auch schon erwähnt – um die sogenannten K-Fragen in der Schweinehaltung: Kastration, Kastenstandhaltung, Kupierverzicht.

Wir haben, als wir im vergangenen Jahr den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz der Bundesländer hatten, da einiges nach vorne gebracht.

Beispielsweise hat man unter unserer Führung eine Koordinierung, einen nationalen Aktionsplan verabschiedet, wie beispielsweise künftig auf das Kupieren beim Schwein verzichtet werden kann. Der Anteil der unkupierten Schweine in Deutschland soll Schritt für Schritt erhöht werden. Diesen Aktionsplan haben wir jetzt an die EU-Kommission weitergeleitet. Wir haben als allererstes Bundesland in Deutschland dazu einen Erlass veröffentlicht, das heißt, wir gehen hier in NRW wirklich einen großen Schritt voran. Wir merken bei allen Informationsveranstaltungen zu dem Thema, dass das Interesse sehr, sehr groß ist.

Eine andere Frage in diesem Themenkomplex befasst sich mit einer bedarfs- und tierschutzgerechten Tierzucht. Auch das Thema ist schon erwähnt worden. Es gibt bedenkliche Zuchtentwicklungen im Nutztierbereich.

Auch hier hat die Agrarministerkonferenz auf unsere Initiative hin den Beschluss gefasst, dass sich der Bund damit intensiver befassen soll, dass hier auch neue wissenschaftliche Studien herangezogen werden sollen und vor allem – und das ist das Wichtigste dabei – auch Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

Ein zweites Thema – auch das wurde schon erwähnt – sind die Tiertransporte und die Schlachtungen. Den Tiertransporten widmen nicht nur wir in der Politik, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger völlig zu Recht ganz besondere Aufmerksamkeit. Der Transport von Tieren, insbesondere über lange Strecken, kann zu hohen Belastungen führen, und das besonders bei Langstreckentransporten in den heißen Sommermonaten oder Langzeittransporten von nicht abgesetzten Kälbern.

Auch hier haben wir zusammen mit den anderen Bundesländern einen Beschluss gefasst, nämlich dass, wenn es in den Sommermonaten in den mediterranen Drittländern durchweg zu Temperaturen von mehr als 30 Grad kommt, die EG-rechtlich zulässigen Temperaturhöchstgrenzen nicht eingehalten werden können, wenn es keine Kühlsysteme in den Transportern gibt, um die Innenraumtemperaturen abzusenken.

Deshalb werden jetzt die zuständigen Behörden gebeten, bei der Entscheidung über Genehmigungen und Abfertigungen von Ferntransporten genau dies zu berücksichtigen und in ihre Arbeit der Genehmigung einzubeziehen, und zwar ganz besonders in den Sommermonaten Juli, August und September. Auf dieser Grundlage sollen nach der aktuellen Erlasslage in NRW Langstreckentransporte insbesondere von Rindern in Länder mit stark erhöhten Außentemperaturen grundsätzlich nicht mehr abgefertigt werden.

Meine Damen und Herren, ein Thema hat der Kollege Diekhoff schon erwähnt, nämlich das Thema „Videoaufzeichnungen in Schlachthöfen“. Nicht nur mit Blick auf die jüngsten Vorkommnisse – das ist ja kein neues Thema, das sich uns hier auftut – benötigen wir hier möglichst schnell eine Beseitigung dieser Missstände.

Aus diesem Grund halten wir bundeseinheitliche Vorgaben für zwingend erforderlich, auch um Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden. Wir bringen hier zusammen mit dem Land Niedersachsen eine Gesetzesinitiative nach vorne. Unser Kabinett wird das in der nächsten Woche beschließen. Anschließend werden wir es für die Februar-Sitzung in den Bundesrat einbringen. Ich denke, wenn wir es schaffen, diese Videokontrollen in den Schlachthöfen zu erreichen, haben wir hier wieder einen großen Schritt in Richtung besseren Umgang mit den Tieren, mehr Tierschutz getan.

Jetzt komme ich zu einem Teil, wo wir in der Tat noch viel tun müssen. Das ist das Thema „amtliche Kontrollen“. Kontrollquote, Kontrollfrequenz sind eindeutig zu niedrig. Die Parameter dazu, nachdem die einzelbetrieblichen Kontrollen angesetzt werden, sind wenig transparent und unterscheiden sich auch noch von Bundesland zu Bundesland.

Vielleicht noch ein Hinweis, Herr Rüste: In NRW ist die Kontrollfrequenz nicht 100 Jahre, sondern wir sind im Vergleich – aber das bitte nur in Anführungsstrichen zu sehen – fortschrittlicher. Im Einzelfall sind es knapp 32 Jahre gewesen; im Landesdurchschnitt jedoch 7,6 Jahre. Das ist immer noch kein Grund zur Freude, aber die 100 Jahre gibt es in anderen Bundesländern, nicht bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem müssen wir hier auch bundesweit – das sage ich ganz deutlich – einheitliche Grundlagen entwickeln, die schnell und effektiv umzusetzen sind.

Wir brauchen Strukturen, um Fehlentwicklungen und Probleme in den Tierbeständen möglichst frühzeitig zu erkennen und abzustellen.

Deshalb bin ich froh, dass mein Staatssekretär Dr. Bottermann die Idee der Tiergesundheitsdatenbank entwickelt hat, die wir zurzeit mit dem LANUV, unserer nachgeordneten Behörde, entwickeln und aufbauen. Ich hoffe, dass wir im Laufe des Jahres 2019 hier zu guten Ergebnissen kommen und dies fertigstellen können.

Ich weiß, dass Sie alle regelmäßig fragen, wann es soweit ist. Es ist von der Software her nicht ganz so einfach, das hinzubekommen. Wir verfolgen das Tier vom Stall bis in den Schlachthof hinein, holen uns die Gesundheitsparameter. Diese Daten müssen wir alle zusammenführen. Ich hoffe, Ihnen dies spätestens nächstes Jahr, wenn ich wieder hier stehe und wir vielleicht wieder eine Nutztierhaltungsdebatte führen, präsentieren zu können.

Jetzt haben wir sehr viel darüber geredet, dass wir uns alle zu mehr Tierschutz bekennen und mehr dafür tun wollen, aber die andere Seite ist die Frage der Kosten. Wie kommen wir damit zurecht? Was können wir den Landwirten, den tierhaltenden Betrieben tatsächlich zumuten? – Denn eine Verbesserung der Haltungsbedingungen, so viel kann man sagen, geht natürlich auch mit höheren Kosten für die Landwirte einher.

Es stellt sich die Frage, wie die Betriebe trotzdem wirtschaftlich arbeiten können.

Ich persönlich setze auf die intensive Diskussion um das Thema „Tierwohl-Label“. Es gibt mittlerweile schon ein Tierwohl-Label vonseiten des Lebensmitteleinzelhandels, das in diesen Tagen an den Start gegangen ist. Das dokumentiert sehr deutlich, wie die Haltungsbedingungen der Tiere sind. Ein staatliches Tierwohl-Label soll folgen. Dabei hoffe ich nicht, dass die Label sich widersprechen. Vielmehr müssen sie passend aufeinander abgestimmt werden, sonst verwirrt dies die Verbraucher.

Wenn wir das haben, kann jeder Verbraucher entscheiden, ob er nur in einer Umfrage – Frau Watermann-Krass – sagt, er sei für mehr Tierwohl, oder ob er tatsächlich bereit ist, dafür auch ein paar Euro mehr zu bezahlen. Denn wenn wir dazu nicht bereit sind, bekommen wir es leider auch nicht hin.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, dass wir sehr intensiv an der Nutztierhaltungsstrategie arbeiten. Wir haben eine projektübergreifende Arbeitsgruppe bei uns im Haus eingerichtet.

Warum projektübergreifend? – Wir sind uns, glaube ich, schon sehr einig – jedenfalls die meisten von Ihnen –, wie wir uns eine tiergerechte Nutztierhaltung vorstellen. Aber wir haben auch eine ganze Menge

von Zielkonflikten dabei zu lösen. Ich habe eben die Honorierung der Leistung der Landwirte erwähnt, aber es gibt auch Konflikte, die schon eine meiner Vorrednerinnen genannt hat, etwa der klassische Konflikt zwischen dem Emissionsschutzrecht auf der einen Seite und der Tierhaltung auf der anderen Seite.

Wenn Landwirte sich entschließen, Auslaufformen zu bauen, müssen sie mitunter ihren Betrieb komplett genehmigen lassen. Dabei ist es fraglich, ob sie die Genehmigung aufgrund höherer Emissionen überhaupt bekommen.

Zurzeit wird im Bund die Technische Anleitung Luft, die die Anforderungen regelt, neu beraten.

Wir gehen als NRW in die Verhandlungen mit hinein und streben eine Auflösung des Zielkonflikts an: Es muss die Kopplung von Tierwohl und Emission geben. Das heißt, ein Betrieb, der mehr für das Tierwohl tut, darf übergangsweise mit Lockerungen bei den Emissionen rechnen, oder wir folgen dem Vorschlag der Kommunalverbände, die ähnlich wie bei Sanierungsgebieten vorgehen wollen. Fest steht aber, wenn wir die Tiere aus den Ställen holen, müssen wir die Anforderungen im Emissionsschutz bzw. die Genehmigungslage ändern. Das wird ein wichtiges Thema sein, um das wir uns noch kümmern müssen.

Ich bedanke mich ausdrücklich noch einmal bei den Kolleginnen und Kollegen, die auch heute hier anwesend sind, die sich sehr viel Mühe mit der Beantwortung der Großen Anfrage gemacht haben. Sie haben sich diese Mühe gerne gemacht, weil die Antwort in der Zusammenschau für uns wichtige Parameter enthält, auf die wir in unserer Regierungszeit achten können, wie wir mehr Tierwohl, mehr Tierschutz in Nordrhein-Westfalen erreichen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Und nun hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Frieling das Wort.

Heinrich Frieling (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns mitten in einer gesellschaftlich geführten Debatte um die Zukunft der Nutztierhaltung in unserem Land. Es ist gut – anders als Herr Dr. Blex das gesagt hat; die Ministerin hat das bereits klargestellt –, dass diese Debatte auch hier im Hause geführt wird. Hierzu ist die Große Anfrage der Grünen ein guter Anlass.

Wir stellen eine zunehmende Diskrepanz fest zwischen dem, was in der Landwirtschaft aus fachlichen Gründen für notwendig gehalten wird, und dem, was sich breite Teile der Gesellschaft – manchmal auch

ohne eigenen Bezug zur Landwirtschaft – unter Tierhaltung vorstellen.

Insgesamt – das wurde bereits formuliert – stellt die Gesellschaft aber auch aus guten Gründen höhere Anforderungen an das, was wir unter Tierhaltung verstehen, und stellt den Aspekt des Tierwohls verstärkt in den Mittelpunkt. Das wissen auch die Landwirte, und sie sind auch bereit, ihren entsprechenden Beitrag dazu zu leisten. Es ist daher auch wichtig und unerlässlich, dass wir die Landwirte in die Diskussion mit einbinden und ihre fachliche Expertise berücksichtigen.

Ich freue mich sehr, dass die Ministerin eben auch den Punkt der landwirtschaftlichen Perspektive angesprochen hat. Die Betriebe müssen auch, wenn wir Anforderungen an sie stellen, eine Kompensation erhalten, wenn sie zusätzliche Leistungen erbringen und auf dem Markt keine zusätzlichen Preise erzielen können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dass die Landesregierung sich diesem Thema bereits früh gewidmet hat, zeigt die Nutztierhaltungsstrategie. Die ersten Eckpunkte wurden im Ausschuss bereits vorgestellt.

Wenn wir über die Zukunft der Tierhaltung reden, müssen wir eine grundsätzliche Frage vorab klären und darüber Einigkeit erzielen:

Wollen wir in unserem Land eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft, die unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarktes und des Weltmarktes hier vor Ort hochwertige Lebensmittel produziert? Oder wollen wir eine Museumslandwirtschaft erzeugen, die vermeintlich schöne Bilder produziert, die wahre Tierproduktion – nach dem Motto: aus den Augen, aus dem Sinn – aber letztendlich im Ausland stattfindet?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer einseitig nationale Alleingänge auf den Weg bringt, unnötige bürokratische Hürden schafft und kostenintensive Anforderungen stellt, der leistet einen Beitrag zur Verlagerung der Landwirtschaft, der leistet keinen Beitrag dazu, dass wir die Gestaltungsmöglichkeiten darstellen können, und der hilft auch nicht, Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Aktuell sehen wir das bei der Diskussion über die Ferkelkastration. Wir stellen allerhöchste Ansprüche, aber wir liefern im Moment noch nicht die Lösungsansätze, um wirklich einen effektiven Beitrag zum Tierwohl zu leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir laufen Gefahr, dass die Ferkelerzeugung nicht mehr in Nordrhein-Westfalen stattfindet, sondern woanders.

Die CDU-Fraktion steht zum Nutztierhaltungsstandort Nordrhein-Westfalen. Wir wissen, dass die hiesigen Landwirte ihre Verantwortung wahrnehmen werden. Wir wollen eine bäuerliche Landwirtschaft, die hier produziert. Wir wollen Lebensmittel, die hier kontrolliert werden, und hier wollen wir auch den entsprechenden Konsum bedienen.

Um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten – das ist richtig –, brauchen wir Fortschritte beim Tierwohl, und zwar auf breiter Grundlage europäischer Standards. Wir brauchen Verbesserungen auf freiwilliger Basis, aber das können wir nur zusammen mit den Landwirten erreichen. Deswegen brauchen Tierhalter insbesondere Rechts- und Planungssicherheit sowie eine wirtschaftliche Perspektive, wenn sie investieren, um Verbesserungen beim Tierwohl umzusetzen.

Wir brauchen auch eine stärkere Aufklärung der Bevölkerung, damit diese einen realistischen Blick auf die Nutztierhaltung bekommt.

Letztendlich – das wurde gesagt – müssen Verbraucher bereit sein, höhere Preise zu akzeptieren, wenn höhere Qualitäten geliefert werden.

Abschließend möchte ich aus gegebenem Anlass noch einmal klarstellen: Wenn wir hier eine breite gesellschaftliche Debatte zum Tierwohl führen, sind wir uns, wie ich hoffe, alle darüber einig, dass in diesem fairen Dialog kein Platz für Alleingänge und Kampagnen selbst ernannter Tierschützer und Aktivisten ist, die etwa mit Stalleinbrüchen oder anderen Verstößen gegen das geltende Recht Existenzen bedrohen, das Diskussionsklima vergiften und dem Tierschutz damit einen Bärendienst erweisen.

Ich denke natürlich besonders an den Einbruch in den Schweinestall des Betriebs Röring in Vreden, bei dem Aktivisten die Stromversorgung und damit bewusst auch die Be- und Entlüftung abgeschaltet und vorsätzlich den qualvollen Erstickungstod von 900 Schweinen herbeigeführt haben. Das ist nicht hinnehmbar – unter keinem Gesichtspunkt.

(Beifall von der CDU)

Bei der Landesregierung bedanke ich mich für die umfassende und ausgewogene Beantwortung der Großen Anfrage der Grünen; Herr Rüße hat das eben treffend formuliert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Frieling. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Börner.

Frank Börner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage der Grünen

zum Thema „Tierhaltung und Tierschutz“ zeigt Folgendes: Wir haben in der Vergangenheit etwas für den Tierschutz getan und tun auch heute etwas. Aber „etwas“ ist definitiv zu wenig.

In ihrer Vorbemerkung räumt die Landesregierung ein, dass in der Tierhaltung grundsätzlich Reformbedarf besteht. Eine Projektgruppe Nutztierhaltungsstrategie, die schon mehrfach diskutiert wurde, soll sich umfassend und interdisziplinär kümmern. Aber bisher, nach zwei Jahren neuer Landesregierung, gibt es nur drei Seiten Prosa ohne Arbeitsergebnis, ohne Ziel. Was wird die Landesregierung am Ende erreichen wollen?

(Michael Hübner [SPD]: Nichts!)

Bisher hat die neue Landesregierung beim Tierschutz die Axt angelegt und Regelungen zum Schutz der Tiere abgeschafft: Verbandsklagerecht im Tierschutz, organisatorische Einschränkungen bei Kontrollen. Immerhin wurde eine Projektgruppe Nutztierhaltungsstrategie eingesetzt.

Unsere Erfahrungen mit Strategiegruppen der Landesregierung sind super. Sie werden überall da eingesetzt, wo die Landesregierung gar nicht richtig arbeiten will, wie beim Brexit, bei der Sicherheit, beim Stau, um nur einige Punkte zu nennen.

(Michael Hübner [SPD]: Richtig!)

Lassen Sie uns in der Praxis nachsehen.

(Zuruf von der FDP)

In einem Jahr hat es in NRW 4.500 angekündigte Kontrollen gegeben – bei 43.000 Betrieben. Das sind rund 10 %. In diesen 4.500 kontrollierten Betrieben wurden hauptsächlich Rinder, Schweine, Kälber und Schafe begutachtet. Bei Geflügelbetrieben sieht es noch viel schlimmer aus.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Im Kreis Borken gibt es 233 Geflügelbetriebe mit rund 1,6 Millionen Tieren.

Überwiegend waren es angekündigte Kontrollen. Angekündigte Kontrolle heißt, dass man in der Regel sieben Tage Zeit hat, seinen Hof noch in Ordnung zu bringen. In der Anfrage wird gesagt, dass man bei angekündigten Kontrollen trotzdem immer noch bei rund 5 % aller Betriebe Verstöße findet

Bei nicht angekündigten Kontrollen, die einen viel besseren Einblick in die Wirklichkeit in den Ställen geben, kommen wir bei den Verstößen auf satte 35 %. Nicht angekündigte Kontrollen geben ein unverfälschtes, ein reales Bild der tatsächlichen Situation der Tierhaltung wieder.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Auch die Landesregierung kommt zu dieser Auffassung. Die Frau Ministerin hat zu Kontrollen einiges

ausgeführt. Unklar ist: Wann wird was in welcher Reihenfolge geschehen? Ich kann die Landesregierung nur deutlich auffordern: Nehmen Sie das Thema „Kontrollen durch die Behörden“ wieder ernst!

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Leider gibt es auch unter den Großbetrieben schwarze Schafe, die es mit dem Tierschutz nicht so genau nehmen. Jenen muss man mit unangekündigten Kontrollen das Handwerk legen – im Sinne des Tierschutzes, im Sinne der korrekt arbeitenden Landwirte, im Sinne der Menschen, die tiergerecht und gesund ernährt werden wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Leidenfeld sind Tiertransporte, besonders auf langen Strecken. Tiertransporte müssen von der zuständigen Veterinärbehörde untersucht und für die vorgesehene Beförderung explizit zugelassen werden. Dabei bezieht sich die Begutachtung auf drei Punkte: den Gesundheitszustand der Tiere, deren Transportfähigkeit und die konkrete Eignung des vorgesehenen Transportfahrzeugs.

Aber auch die Dauer des Transports ist wichtig. Aus unseren Verkehrsberichten wissen wir, dass oftmals ein Unterschied zwischen der geplanten Zeit, die der Lkw unterwegs ist, und der Zeit, die er tatsächlich braucht, besteht. Es gibt für die Tiere im Stau keine Versorgung mit Futter und Wasser. Tiere haben in der Regel auch kein Lenkrad, in das sie zwischendurch mal reinbeißen können.

Da NRW nur Transitland ist, gibt es keine Kontrollen. Die Frage ist: Was will die Landesregierung in diesem Bereich wie machen?

Wie geht es mit der systematischen Verstümmelung von Tieren weiter? Auf das seit Jahren übliche Kürzen der Oberschnäbel bei Geflügel konnte immerhin weitgehend verzichtet werden.

In der Putenzucht werden immer noch Ausnahme genehmigungen zum Schutz der Tiere erteilt. Der Schutz der Tiere ist hier nur ein Vorwand. Man übergeht einfach die Natur: Puten wollen und können eben nicht zu Hunderten auf engstem Raum zusammenleben. Was wird die Landesregierung an dieser Stelle wie und wann tun?

Ab diesem Jahr sollte die Kastration von Ferkeln ohne wirksame Betäubung nicht mehr erlaubt sein. Das wurde um zwei Jahre verschoben.

In der Anfrage wird klargemacht: Es steht den Landwirten frei, mit welchem Verfahren sie die Kastration durchführen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso die Betäubung und die Nichtbetäubung von der Landesregierung als gleichwertige Verfahren angesehen werden.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Wenn wir bei den Schweinen sind, vielleicht noch eine Sauerei: 344 sauenhaltende Betriebe wurden seit November 2016 kontrolliert, ob sie die Vorgaben für die Kastenstände einhalten – 344 von 4.000 Betrieben, die in diesem Bereich tätig sind. Wie will die Landesregierung hier besser werden?

Der Großen Anfrage der Grünen ist ebenfalls zu entnehmen, dass eine deutliche Aufstockung von tierärztlichem Personal wünschenswert wäre. Während unserer Regierungszeit haben wir die Anzahl der Veterinäre um rund 13 % erhöhen können. Die Antwort gibt keine Auskunft über die Entwicklung bei den Veterinären während Ihrer Amtszeit.

Fakt ist: Für mehr Kontrolle und mehr Tierschutz brauchen wir mehr gut ausgebildetes Personal. Wie wird die Landesregierung in diesem Punkt vorgehen?

(Michael Hübner [SPD]: Es wird eine Stabsstelle beschlossen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tiere in NRW brauchen unsere Stimme und unseren Schutz. Ein indianisches Sprichwort sagt: Wenn jemand ein Problem erkannt hat und nichts zur Lösung beiträgt, ist er selbst Teil des Problems.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Reite nie ein Pferd, was schon tot ist! Steige ab!)

Dieses Zitat soll uns daran erinnern, dass wir Menschen es in der Hand haben, für mehr Tierschutz und weniger Leid in den Ställen zu sorgen.

In Nordrhein-Westfalen muss der Tierschutz wieder in den Fokus gerückt werden. Tierschutz und Landwirtschaftspolitik dürfen nicht ausschließlich von den Verbänden der Landwirtschaft ins Gesetz diktiert werden. Schwarz-Gelb muss hier liefern, die Ministerin muss hier liefern – den Tieren zuliebe und den Menschen zuliebe, die Wert auf eine artgerechte Tierhaltung und gesunde Ernährung legen.

Die Landesregierung hat nun zwei Jahre Zeit gehabt, sich hier zu positionieren. Am Ende bleibt immer noch die Frage offen: Was wird die Landesregierung wann tun? – Danke für Ihre Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele grüne Kritiker und auch Herr Börner von der SPD bemängeln, dass Kontrollquoten und Personalausstattung

der Veterinärämter zu gering seien. Das ist erst einmal eine Behauptung.

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen heißt es, dass ein nutztierhaltender Betrieb in Nordrhein-Westfalen im Schnitt einmal alle 7,6 Jahre kontrolliert wird. Jedes Jahr werden 12,6 % aller Betriebe in Nordrhein-Westfalen kontrolliert.

Die Frequenz ist bei Tierschutzkontrollen jedoch nicht entscheidend; an und für sich sagt sie nichts über die Qualität der Tierschutzkontrolle und des Betriebes aus. Die Einhaltung des bestehenden Tierschutzes hat eine viel größere Priorität als die sozialistische Quotenerfüllung. Wenn ein Musterbetrieb fünf Jahre nach seiner letzten Kontrolle immer noch tadellos operiert, ist das ein Erfolg.

Tierschutzkontrollen müssen risikoorientiert durchgeführt werden. Betriebe, die sich von unabhängiger Stelle haben prüfen lassen, müssen nicht mit der gleichen Intensität von Veterinärämtern kontrolliert werden wie Betriebe ohne Zertifikat.

Wenn es richtig durchgeführt wird, kann auch die Privatisierung der Tierschutzkontrollen eine Antwort auf den Personalmangel sein.

Wenn der Zweck der Kontrolle jedoch nicht der Tierschutz ist, sondern Gängelung, schießen auch die Beanstandungen bei den Kontrollen nach oben.

Laut der Antwort auf die Große Anfrage wurden bei rund 35 % aller unangekündigten Verdachtskontrollen Tierschutzverstöße von der Kreisordnungsbehörde festgestellt. Ja, das ist viel. Das sei viel zu viel zu viel, schreien die Grünen laut auf.

Dabei heißt das doch umgekehrt klipp und klar: Über 65 % aller Betriebe, bei denen nach einer Verdachtserwägung eine unangekündigte Kontrolle durchgeführt wurde, sind letztlich tierschutzkonform und unberechtigtweise verdächtigt worden.

Wir erhalten nicht mehr Tierschutz, wenn die Ökosozialisten lediglich nach Druckmitteln suchen. Besonders entlarvend ist dabei die dritte Frage aus der Rubrik „Tierschutzrecht“. Da wollen die Grüninnen wissen, welche weiteren Spielräume die Landesregierung habe, um rechtlichen Handlungsdruck aufzubauen.

Noch einmal, werte Grüninnen – und für Frau Heinen-Esser –: Tierschutz ist eine bundespolitische Aufgabe, die maßgeblich durch das Tierschutzgesetz umgesetzt wird. Das Land hat keine gesonderten Kompetenzen.

Aber genau hier liegt das Problem für die Grüninnen und auch für Herrn Börner von der SPD, die im festen Glauben sind, dass sich jegliche Entwicklung nur durch gesellschaftspolitische Repression und Zwang durchsetzen lasse. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe damit die Aussprache, da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, und stelle fest, dass die **Große Anfrage 7** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **erledigt** ist.

Wir kommen damit zu:

5 Lehren aus Hackerangriff ziehen – IT-Sicherheit in NRW verbessern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4803

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Anlass dieses Antrags haben wir eben schon im Zusammenhang mit dem Vorhaben der SPD gesprochen. Allerdings treibt uns hier ein ganz anderer Handlungsbedarf um.

Es ist keine Neuigkeit, dass viele Menschen fahrlässig mit ihren Daten umgehen. Es ist auch keine Neuigkeit, dass sich Kriminelle dieser Fahrlässigkeit bedienen. Im Regelfall war und ist es aber immer so, dass die Kriminellen einen monetären Vorteil suchen. Es ging schlicht und ergreifend um Gaunereien. Die sind im Einzelfall natürlich ärgerlich und gefährlich und müssen bekämpft werden.

Es ist auch nicht ganz neu, dass mittels Datendiebstahls in irgendeiner Form politisch agiert wird. Alle Parteien hier im Haus waren und sind davon betroffen.

Meine Partei hatte vor zwei Jahren mit einem Daten-Leak zu kämpfen. Sie ist eben noch keine alte Partei und hat noch nicht die professionelle Infrastruktur der übrigen Parteien.

Neu ist im vorliegenden Fall, dass der betroffene Personenkreis bis in die höchsten Ebenen der Politik reicht. Es sind Minister, Ministerpräsidenten, Fraktionschefs, deren persönlichste Daten man jetzt im Internet finden kann.

(Michael Hübner [SPD]: Aber keiner von der AfD – Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

– Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir auch schon betroffen waren, nur nicht in diesem Fall.

(Markus Wagner [AfD]: Das haben Sie nur noch nicht bemerkt!)

Da war es Ihnen aber herzlich egal. Das heißt, in unserer Sphäre, in der politischen Sphäre, sind Daten eben nicht sicher. Da hilft dann auch kein Verbraucherschutz.

(Markus Wagner [AfD]: Heuchler!)

Wir sollten alle den Anspruch haben, sorgfältig mit unseren Daten umzugehen; denn Daten, die wir verwalten, sind oft auch Daten von Bürgern. Der Kontakt zwischen Abgeordneten und den Menschen, die wir vertreten, ist von Rechts wegen besonders privilegiert, etwa durch das Zeugnisverweigerungsrecht in der Strafprozessordnung. Wir sollten diese Verantwortung also nicht auf die leichte Schulter nehmen und hohe Ansprüche an die Sicherheit unserer Daten stellen.

Was in diesem Bereich gilt, in dem der Bürger freiwillig interagiert, das muss erst recht für unsere Landesbehörden und Ministerien gelten; denn da liegen teils ausgesprochen brisante Daten, ohne dass die Betroffenen je ihr Einverständnis erklärt haben. Es ist anzunehmen, dass viele Bürger gerne darauf verzichten würden, beim Finanzamt registriert zu sein, aber aus naheliegenden Gründen geht das natürlich nicht. Wenn wir den Bürgern teilweise sehr persönliche Daten abnehmen und wenn diese dann auch noch mittels Internet übertragen werden, wie es zum Beispiel bei der Steuererklärung der Fall ist, dann müssen die allerhöchsten Sicherheitsmaßstäbe gelten.

In diesem Bereich können uns andere Bundesländer durchaus als Vorbild dienen. Die ISO-Norm 27001 gilt derzeit als Maß der Dinge im Bereich der IT-Sicherheit und berücksichtigt neben technischen Unsicherheitsfaktoren insbesondere auch den Faktor Mensch.

Sachsen hat schon erste Ministerien entsprechend zertifizieren lassen. In Nordrhein-Westfalen ist es bisher nur der Landesbetrieb IT.NRW, aber eben nicht die angeschlossenen Ministerien und Landesbehörden und damit auch nicht die jeweiligen Mitarbeiter. Neben einer Reihe weiterer Maßnahmen ist es deshalb die Hauptstoßrichtung unseres Antrags, eine solche Zertifizierung nach und nach auf alle Teile der Landesverwaltung auszuweiten.

Weil es wahrscheinlich gleich kommen wird: Nein, damit lösen wir natürlich nicht alle Probleme. Und nein, wahrscheinlich hätte das im vorliegenden Fall auch keine Abhilfe geschaffen.

Ich denke jedoch, dass wir es den Bürgern unseres Landes schuldig sind, dass wir nach den erschreckenden Daten-Leaks alles unternehmen, um ihre Daten zu schützen. Niemand sollte sich davor fürchten müssen, dass seine Daten illegal veröffentlicht